

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015

Beschluss - Nr. 27

Globalisierung gestalten - fairen Handel ermöglichen – demokratische Grundsätze gewährleisten

Gemeinsame Spielregeln in der Weltwirtschaft sind besser als keine Regeln – das wissen wir nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es ist unser ureigenes Interesse, dass die Globalisierung gute demokratische Regeln bekommt! Zu diesen tragen Freihandelsabkommen bei - wenn man sie richtig ausgestaltet.

Die transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) bieten die Chance, die wirtschaftliche Globalisierung politisch zu gestalten. Gerade ein Abkommen zwischen den beiden weltweit größten Handelsräumen Europa und den USA eröffnet die Möglichkeit, globale Standards für nachhaltiges Wirtschaften zu setzen. Auf dem Parteikonvent im September 2014 haben wir einen Grundsatzbeschluss zu den transatlantischen Freihandelsabkommen gefasst. Der Bundesparteitag bestätigt diesen Beschluss. Er ist für uns weiterhin maßgeblich und stellt die programmatischen Maßstäbe dar, die unsere Politik leiten:

Erstens: Wir wollen fortschrittliche Regeln in den Abkommen vereinbaren und zugleich sicherstellen, dass bewährte europäische Standards bei Arbeitnehmerrechten, der Daseinsvorsorge, dem Verbraucher- und Umweltschutz, zur Wahrung der kulturellen Vielfalt erhalten bleiben. Zweitens haben wir vereinbart, dass der Primat der Politik uneingeschränkt gelten muss. Rechtstaatliche Grundsätze und demokratische Beschlüsse dürfen nicht von Konzernen ausgehebelt oder umgangen werden können.

Die dritte Mindestbedingung war: Der Verhandlungsprozess muss transparent sein, und am Ende müssen alle nationalen Parlamente sowie das EU-Parlament über die Abkommen abstimmen. Um solche Abkommen im Dialog mit der Zivilgesellschaft zu erarbeiten, haben wir größtmögliche Transparenz und Offenheit von der EU-Kommission eingefordert. Diesem politischen Druck sowie auch der öffentlichen Kritik von Verbänden, Gewerkschaften, Gruppen der Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern ist es zu verdanken, dass die EU-Kommission mittlerweile umsteuert und erste wichtige Verbesserungen für mehr Transparenz auf den Weg gebracht hat, indem etwa das TTIP-Verhandlungsmandat veröffentlicht und der Zugang zu Verhandlungsdokumenten erleichtert wurde. Wir begrüßen, dass nun auch den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und anderen Parlamentariern der Zugang zu den konsolidierten Verhandlungsdokumenten ermöglicht wird. Dieser Schritt erfolgt allerdings sehr spät. Um Kritik aufzugreifen und fortbestehende Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern zu entkräften, sind Dialog und Offenheit sowie weitere Fortschritte für mehr Transparenz unerlässlich. Um eine informierte öffentliche Debatte führen zu können, muss im Verfahren sowohl bei TTIP als auch bei CETA vor der Abstimmung über die Abkommen ausreichend Zeit eingeplant werden.

Es ist gut, dass diese Debatte auf den unterschiedlichen politischen Ebenen – von der Kommunalpolitik bis zur Europapolitik – und von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Akteuren so intensiv geführt wird, wie bei keinem Freihandelsabkommen jemals zuvor. Wichtig ist allerdings auch, dass nicht Polemik, sondern Sachlichkeit und Ausgewogenheit die Debatte prägen. Nur so kann Vertrauen wachsen, sind Verständigung und letztlich gute Ergebnisse möglich. Diesem Anspruch fühlen wir uns als SPD auch künftig verpflichtet.

Unsere Grundhaltung – für fairen Handel

Bei den Freihandelsabkommen geht es um nicht weniger als um Bausteine für die künftigen Regeln der Globalisierung. Mangels Fortschritten in der Doha-Welthandelsrunde im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) – die wir weiterhin für vorzugswürdig halten, und die wir voranbringen wollen - versuchen derzeit die großen Wirtschaftsräume die politischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Standards im Welthandel zu beeinflussen. Die USA haben sich soeben mit 11 weiteren Pazifik-Anrainerstaaten auf eine Trans-Pazifische-Partnerschaft verständigt (TPP). In Asien wird über eine umfassende regionale Wirtschaftspartnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership – RCEP) mit 16 Staaten verhandelt.

Europa wäre nicht gut beraten, in diesem Prozess der globalen Vertiefung der wirtschaftlichen Integration abseits zu stehen. Wenn wir keine gemeinsamen Regeln festlegen, werden die niedrigsten Standards und Dumping-Löhne am Ende bestimmen, was in der Welt geschieht. Europa sollte stattdessen versuchen, die globale Handelsordnung der Zukunft aktiv mitzugestalten. Wir setzen darauf, dass es auch in den Schwellenländern und den neuen globalen Wirtschaftsmächten gelingt, soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung zu bekämpfen. Europa hat mit seinen eigenen Standards dabei etwas anzubieten. Doch der Erfolg hängt davon ab, ob wir unseren politischen Einfluss aktiv zur Geltung bringen.

Wir wollen deshalb mit den transatlantischen Freihandelsabkommen dazu beitragen, bessere Regeln für den transatlantischen Handel und die globale Wirtschaft zu entwickeln. Gelingt dies mit den beiden größten Handelsregionen der Welt – Europa und den USA -, dann werden uns andere folgen. Scheitern wir, dann werden wir anderen folgen müssen. Mit schlechteren Regeln als wir sie selbst jetzt gestalten können.

Wir haben bei den Freihandelsabkommen zugleich klare Erwartungen in Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltstandards, kultureller Vielfalt, von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie in Hinblick auf die Durchsetzung rechtstaatlicher und demokratischer Prinzipien. Im Kern geht es darum:

- dass die Verhandlungen über die Abkommen transparent und für alle Bürgerinnen und Bürger Europas nachvollziehbar geführt werden;
- dass die Abkommen keine Verschlechterung von sozialen, arbeitsrechtlichen, ökologischen oder kulturellen Standards bedeuten oder Umwelt- und Arbeitnehmerschutzrechte als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ interpretiert werden können, dass weitere Verbesserungen dieser Normen möglich sein müssen und dass die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt, also auch im Bereich der öffentlichen Vergabe soziale und ökologische Vergabekriterien nicht in Frage gestellt werden dürfen;
- dass wir zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten einen öffentlich-rechtlichen Mechanismus wollen, und keine privaten Schiedsgerichte mehr;

- dass die Vertragspartner sich verpflichten, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz zu beachten und umzusetzen – insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen;
- dass die transatlantischen Verhandlungen auch für eine stärkere Regulierung bisher nicht ausreichend regulierter Bereiche der globalisierten Finanzmärkte genutzt werden sollen
- dass die nationalen und europäischen demokratischen Willensbildungsprozesse und Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen aktiv in die Verhandlungen und in die letztliche Entscheidung über die Abkommen einbezogen werden und das Abkommen eine Klausel enthalten soll, die eine Kündigung erlaubt.

Es geht darum, zusätzlichen Wohlstand tatsächlich breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen.

Investitionsschutz einer neuen Generation – private Schiedsgerichte überwinden

Sowohl in Deutschland als auch in Europa wurde in den letzten Monaten eine besonders intensive und kontroverse Diskussion über die Investitionsschutzregeln in den geplanten Freihandelsabkommen geführt. Und in der Tat: Es gibt viel berechtigte Kritik an den bisherigen Regeln und Verfahren, weil diese nicht hinreichend transparent für die Öffentlichkeit sind, die Auswahl der Schiedsrichter nicht klar geregelt ist oder etwa eine Berufungsmöglichkeit fehlt.

Private Schiedsgerichte, bei denen die Parteien sich ihre Schiedsrichter selbst bestimmen können, gehören abgeschafft. Unser Ziel ist daher: Wir wollen, dass Investitionsschutzregeln in Handelsabkommen nach rechtsstaatlichen Prinzipien ausgestaltet werden. Schiedsgerichte zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten müssen in öffentlich-rechtliche Institutionen umgewandelt werden - mit von den Vertragsparteien ausgewählten Richtern, mit öffentlichen und transparenten Verfahren, mit einer Berufungsinstanz und präzise formulierten Rechtsbegriffen, damit der Regulierungsspielraum der Parlamente erhalten bleibt. Im Ergebnis muss ein klares Verfahren mit rechtsstaatlichen Grundsätzen stehen. Zu diesen Grundsätzen gehört auch, dass die Anspruchsgrundlage des Investitionsschutzes nicht durch unklare Definitionen von Rechtsbegriffen wie „faire und gerechte Behandlung“ einem weiten Interpretationsspielraum geöffnet wird. Durch die Verwendung juristisch präziser Definitionen müssen unbegründete und unseriöse Forderungen von Investoren vermieden werden.

Wir verfolgen damit die Idee der Einrichtung echter internationaler Handelsgerichtshöfe. Unser Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Handelsministern diese Idee mit vorangetrieben und dazu im Frühjahr entsprechende Vorschläge zusammen mit fünf weiteren sozialdemokratischen Handelsministern gemacht. Darüber hinaus haben wir die Forderungen auf die Tagesordnung bei den Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteivorsitzenden Europas gesetzt. Es ist gelungen, eine breite Unterstützung für ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. In einer so grundlegenden Frage wie der künftigen Gestaltung der europäischen Handelsbeziehungen sind ein enger Schulterschluss und die weitere Abstimmung mit unseren europäischen Schwesterparteien und Partnern in Europa weiterhin unabdingbar.

Das Europäische Parlament hat im Juli 2015 eine Entschließung angenommen, die auf Betreiben der deutschen und europäischen Sozialdemokraten insbesondere fordert, dass die bisherigen privaten Schiedsgerichte durch ein transparentes, demokratischen Grundsätzen entsprechendes neues System ersetzt werden. Die Entschließung trägt insgesamt eine klare sozialdemokratische Handschrift, denn sie fordert auch beim Schutz der Arbeitnehmerrechte, der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder im Verbraucher- und Umweltschutz fortschrittliche Standards ein.

Die Europäische Kommission hat die sozialdemokratischen Reformvorschläge zum Investitionsschutz mittlerweile aufgegriffen. Damit wird ein Kurswechsel eingeläutet. Dies zeigt: Zusammen können wir etwas zum Positiven bewegen und Impulse zur Gestaltung der Globalisierung geben. Wir wollen daran im Verlauf der TTIP-Verhandlungen weiter arbeiten. Im Lichte der vorliegenden Reformvorschläge dringen wir auch auf Veränderungen bei CETA. Die Vorschläge der Kommission für ein neues System des Investitionsschutzes sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie sehen klare rechtstaatliche Verfahren und Grundsätze vor. Wir unterstützen die Initiativen des EU-Parlamentes unter seinem Präsidenten Martin Schulz und des deutschen Bundeswirtschaftsministers, dass diese Grundsätze auch bei CETA berücksichtigt werden und gelten. Nachdem sich das Europäische Parlament festgelegt hat, dass das TTIP-Abkommen nur zustimmungsfähig ist, wenn die privaten Schiedsgerichte aus dem Abkommen eliminiert werden, muss die EU-Kommission auch bei CETA mit der neuen kanadischen Regierung das Gespräch suchen. Der SPD-Parteitag fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass ein Verfahren geschaffen wird, das rechtsstaatlichen Grundsätzen und damit den vom SPD-Parteikonvent formulierten Bedingungen entspricht.

Unser Anspruch – eine offene und sachliche Diskussion

Wir haben in den zurückliegenden Monaten intensiv über die geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen diskutiert - in unserer Partei und ihren Gliederungen, der Bundestagsfraktion, in unserer Fraktion im Europäischen Parlament, mit unseren europäischen Schwesterparteien und den sozialdemokratischen Regierungschefs, in den Bundesländern genauso wie auf Ebene der Kommunalpolitik.

Als wesentlichen Baustein dieses Diskussionsprozesses haben der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion im Februar 2015 eine Konferenz zu Chancen und Risiken der transatlantischen Freihandelsabkommen im Willy-Brandt-Haus organisiert. Unterschiedliche Meinungen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft sind dabei zu Wort gekommen. Zahlreiche Fragen und Kritikpunkte konnten diskutiert und auch beantwortet werden.

Der Parteitag der SPD begrüßt zugleich, dass das SPD geführte Bundeswirtschaftsministerium mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie zwischenzeitlich auch mit den Wohlfahrtsverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden Grundsätze und Anforderungen zum geplanten Freihandelsabkommen in gemeinsamen Vereinbarungen festgelegt hat.

Der Bundeswirtschaftsminister hat mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt, in der beide Seiten deutlich machen, dass durch TTIP keine neuen Marktzugangspflichten für den Bereich der sozialen Dienste in Deutschland eingegangen werden. Gute soziale Dienstleistungen gewährleisten Teilhabe und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Rahmenbedingungen für die Erbringung sozialer Dienste in Deutschland müssen deshalb in TTIP berücksichtigt und gesichert werden.

Weil Leistungen der Daseinsvorsorge ein Eckpfeiler für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind, müssen sie auch künftig ohne Einschränkungen durch Handelsabkommen wie bisher erbracht werden können. Deshalb hat sich der Bundeswirtschaftsminister mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) auf ein gemeinsames Positionspapier zu TTIP und anderen europäischen Handelsverträgen verständigt, das wichtige Klarstellungen und gemeinsame Forderungen zum Schutz der Daseinsvorsorge enthält. Die Aufgaben

der Daseinsvorsorge können wie bisher durch Städte, Landkreise, Gemeinden und ihre Unternehmen vor Ort wahrgenommen werden.

Zudem hat der Bundeswirtschaftsminister sich mit dem Deutschen Olympischen Sportbund auf eine gemeinsame Position verständigt, um deutlich zu machen, dass Organisation und Aufgabenwahrnehmung sowie Finanzierung und Förderung des gemeinnützigen Sports in Deutschland durch TTIP oder andere Handelsabkommen nicht angetastet wird.

Dieser enge Austausch und Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Verbänden, Organisationen und Gruppen, der berechnete Kritikpunkte aufgreift und nach gemeinsamen Lösungen sucht, ist auch weiterhin von höchster Bedeutung.

Unser Grundsatz – Sorgfalt vor Schnelligkeit

Die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen mit den USA laufen derzeit, ein Abschluss der Verhandlungen ist noch nicht in Sicht. Die Verhandlungen über das CETA-Abkommen mit Kanada sind dagegen bereits grundsätzlich abgeschlossen. Ein vorläufiger Textentwurf liegt vor. Allerdings befindet sich der Vertragstext zurzeit noch im Prozess der Rechtsförmlichkeitsprüfung.

Wir legen darauf Wert, dass die weiteren Gespräche und Verhandlungen über die transatlantischen Freihandelsabkommen so fortgeführt werden, dass ausreichend Raum für eine Diskussion der Verhandlungsschritte und letzten Ergebnisse bleibt. Es muss der Grundsatz gelten: Sorgfalt vor Schnelligkeit.

Wir werden diesen Prozess sowohl bei TTIP als auch bei CETA weiterhin aktiv und wo nötig kritisch begleiten. Wenn die Ergebnisse der Gespräche und Verhandlungen vorliegen, werden wir diese im Austausch mit unseren europäischen Schwesterparteien bewerten und auf einem erneuten SPD-Parteikonvent oder Bundesparteitag entscheiden, ob sie in ihrer Gesamtschau unseren Anforderungen entsprechen und also eine Zustimmung der SPD erlauben. Für uns ist klar: Es gibt keinen Automatismus. Wir wollen fortschrittliche Freihandelsabkommen auf den Weg bringen. Das ist Ziel und Anspruch unserer Politik. Und dafür haben wir klare Erwartungen formuliert. Diese Grundsätze gelten für uns zudem auch für die laufenden Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA).

Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich dem komplexen Thema der Freihandelsabkommen in seiner Vielschichtigkeit stellt und den Dialog mit Befürworterinnen sowie mit Kritikern sucht. Zugleich wissen wir: Als Regierungspartei stehen wir in einer großen Verantwortung. Die Freihandelsabkommen sind ein Thema mit weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen - für Deutschland genauso wie für Europa insgesamt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns weiterhin mit unseren sozialdemokratischen Partnern in Europa austauschen und eng abstimmen.

Als Sozialdemokraten wissen wir: Die Globalisierung und der Welthandel werden nicht von heute auf morgen Spielregeln entwickeln, die aus unserer Sicht wirklich sozial gerecht und ökologisch verantwortungsbewusst sind. So wie der soziale Fortschritt in Deutschland jahrzehntelang Schritt für Schritt und über viele Reformen hinweg erkämpft werden musste, wird es auch bei der demokratischen, sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung eines langen Atems bedürfen. Aber die Geschichte der SPD zeigt: Mut, Selbstbewusstsein und Optimismus lohnen sich. Wir sagen: Freihandel ja – aber nur mit fortschrittlichen Regeln!